

Resolutionen der Online-Vollversammlung der FU- Studierenden am 07. und am 28.04.

Inhalt

Studium unter Pandemiebedingungen / Studying under Pandemic Conditions.....	2
Verbesserung der Bedingungen im Online-Studium / Improvement of the conditions of online studies	2
Zur aktuellen Lern-, Lehr- und Arbeitssituation an der FU / On the Current Learning, Teaching, and Working Situation at the FU	4
Abbau von Barrieren / Reducing Barriers.....	6
Studieren mit Kind(ern) / Studying with Children.....	7
Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen und Co. enteignen!“ / Support of the petition " Deutsche Wohnen and Co. enteignen!"	8
Studierende und Beschäftigte im Universitätsbetrieb / Students and Employees within the University Complex	10
Zur Lage der Beschäftigten / On the situation of the employees	10
Erhalt des Personalrats Botanischer Garten / Preservation of the Botanic Garden Staff Council....	11
Klimagerechtigkeit an der FU / Climate Justice at the FU	13
Diskriminierungssensible Lehre / Discrimination-Sensitive Teaching.....	14
Unterstützung des offenen Briefes der Initiative Intersektionales Lehramt / Support of the open letter of "Initiative Intersektionales Lehramt"	15
Zum Thema „Schikane“ / On the subject of "harassment"	16
Wie Weiter? / How to Continue?	17
Planung von Aktionen und Gründung eines Aktionskomitees an der Freien Universität Berlin / Planning of actions and foundation of an Action Committee at the Freie Universität Berlin	17
Wie erreichen wir unsere Forderungen? / How do we achieve our demands?	19

Studium unter Pandemiebedingungen / Studying under Pandemic Conditions

Verbesserung der Bedingungen im Online-Studium / Improvement of the conditions of online studies

Viele Studierende haben große Probleme im Online-Studium. Viele davon sind bereits auf der letzten Vollversammlung angesprochen worden. Das Arbeitspensum ist zum Beispiel für viele erheblich angestiegen, der Austausch und die Vernetzung fehlt, Dozierende sind schlecht zu erreichen, es gibt Datenschutzbedenken, Namensänderungen auf Webex sind viel zu kompliziert, Entscheidungen über Konzepte für den kommenden Lehrbetrieb werden intransparent und kurzfristig getroffen.

Um die Bedingungen des Online-Studiums für die Studierenden zu verbessern, fordern wir:

- Eine drastische Reduzierung des Arbeitspensums (dazu gehört u. a. das Lesepensum) in Seminaren und anderen Kursen
- Ein Verbot von verpflichtenden wöchentlichen Abgaben
- Die Abschaffung der Anwesenheitspflicht / der aktiven und regelmäßigen Teilnahme in allen Veranstaltungen
- Dozierende müssen mindestens einmal in der Woche ein festes WebEx-Meeting als freiwillige Veranstaltung für Studierende anbieten, in welchem ein direkter und unkomplizierter Austausch zwischen Studierenden und Dozierenden ermöglicht ist.
- Ermöglichung einer Verlängerung der Bearbeitungsfrist einer Hausarbeit oder einer Abschlussarbeit auf 10 Wochen Verlängerung für alle Studierende, solange das Studium online stattfindet.
- Die Schaffung von Strukturen, in denen Studierende Machtmissbrauch und Schikane von Dozierenden nicht nur ansprechen können, sondern aktive Unterstützung erfahren
- Nachteilsausgleiche müssen bekannter gemacht werden und dürfen nicht nur eine Verschiebung von Abgabefristen sein, sondern tatsächliche Ausgleiche, zum Beispiel durch eine Verringerung des Umfangs von zu leistenden Arbeiten.
- Nachteilsausgleiche für Studierende mit Behinderungen, Kindern o. Ä. sollten eine Klausel enthalten, die sinngemäß wie folgt lautet: "Student(in) XY darf pro Prüfungsleistung weniger Wörter schreiben, als es die Studienordnung für 'normale' Fälle vorsieht."
- Die Uni muss bessere Strukturen schaffen, um (vor allem Neu-)Studierenden den Austausch und die Vernetzung miteinander zu ermöglichen.
- Webex ist nach Einschätzung der Berliner Datenschutzbeauftragten datenschutzrechtlich nicht zulässig, es findet Tracking statt und Daten fließen auch in die USA. Deshalb muss die Uni sofort in Onlineformaten auf datensparsame Open Source Dienste wie Jitsi und BigBlueButton umsteigen.
- Namensänderungen müssen unbürokratisch, einfach durchführbar und bedingungslos auf allen Plattformen der Uni und auf den Abschlusszeugnissen möglich sein.
- Studierende müssen in die Entscheidungsprozesse der Uni zur Umsetzung der Lehre in den kommenden Semestern direkt einbezogen werden.
- Alle aktuell bestehenden Konzepte für die zukünftige Situation an den Unis und alle aktuell bestehenden Entscheidungsstrukturen für die Planung und Umsetzung dieser Konzepte müssen transparent gemacht werden.
- Es braucht einen offenen Austausch unter Einbeziehung aller Universitätsmitglieder darüber, wie es in Zukunft weiter geht an der FU.
- Internationale Studierende, die an der FU studieren, aber nicht nach Berlin einreisen können, müssen mehr Unterstützung von der FU erhalten.

- Der VBB muss eine Befreiung vom Semesterticket für die Studierenden ermöglichen, denen es aufgrund der Pandemie nicht möglich ist nach nach Berlin zu kommen und somit das Semesterticket nicht nutzen können.

English

Many students have major problems in online studies. Many of them have already been addressed at the last assembly. For example, the workload has increased significantly for many, there is a lack of exchange and networking, lecturers are difficult to reach, there are data protection concerns, name changes on Webex are far too complicated, decisions about concepts for future teaching are made in a non-transparent manner and at short notice.

To improve the conditions of online study for students, we demand:

- A drastic reduction of the workload (i.a. reading workload) in seminars and other courses.
- A ban on mandatory weekly submissions
- The abolition of compulsory attendance / "Aktive und Regelmäßige Teilnahme" in all courses
- Lecturers must offer a fixed WebEx meeting at least once a week as a voluntary event for students, in which a direct and uncomplicated exchange between students and lecturers is possible.
- Allowing an extension of the deadline for a term paper or a thesis to 10 weeks for all students as long as the study takes place online
- The creation of structures in which students can not only address abuse of power and harassment by lecturers, but also receive active support
- Compensation for disadvantages must be made more widely known and must not just be a postponement of deadlines, but actual compensation, for example by reducing the amount of work to be completed.
- Disadvantage compensations for students with disabilities, children or the like should include a clause that reads, mutatis mutandis: "Student XY may write fewer words per examination performance than the study regulations provide for 'normal' cases."
- The university must create better structures to enable (especially new) students to exchange and network with each other.
- According to the Berlin data protection commissioners, Webex is not permissible under data protection law; tracking takes place and data also flows to the USA. Therefore, the university must immediately switch to data-saving open source services such as Jitsi and BigBlueButton in online formats.
- Name changes must be unbureaucratic, easy to implement, and unconditionally possible on all university platforms and on degree certificates.
- Students must be directly involved in the decision-making processes of the university for the implementation of teaching in the coming semesters.
- All currently existing concepts for the future situation at the university and all currently existing decision-making structures for the planning and implementation of these concepts must be made transparent.
- There needs to be an open exchange involving all university members about how things will continue at the FU in the future.
- International students who study at FU but are unable to enter Berlin must receive more support from FU.
- The VBB must allow an exemption from the semester ticket for students who are unable to come to Berlin due to the pandemic and thus cannot use the semester ticket.

Zur aktuellen Lern-, Lehr- und Arbeitssituation an der FU / On the Current Learning, Teaching, and Working Situation at the FU

Die Vollversammlung verurteilt die aktuell untragbare Lern-, Lehr- und Arbeitssituation an der Freien Universität Berlin und fordert:

1. Durchsetzung eines Wirtschaftslockdowns, der nicht-essentiellen Sektoren und Betrieben unter vollem Lohnausgleich und Kündigungsschutz, finanziert durch Vermögensabgaben und Besteuerung der Unternehmensgewinne. Verstaatlichung aller Krankenhäuser und Labore, der Pharmakonzerne und der Impfstoffproduktion für eine effiziente Bekämpfung der Pandemie, damit wir die Universitäten so schnell wie möglich öffnen und die Pandemie besiegen können.
2. Sichere Öffnung der Bibliotheken und Lernorte mit klarem Hygienekonzept
3. Bereitstellung regelmäßiger Coronatests und kostenloser FFP2 Masken für alle Universitätsangehörigen
4. Sofortige Aussetzung aller Prüfungsleistungen. Kein Coronasemester darf zur Regelstudienzeit und zur BAföG-Berechnung hinzugerechnet werden. Für die Gewährleistung der Teilnahme an den Online-Kursen, sollen technische Geräte für alle, die sie brauchen zur Verfügung gestellt werden. Damit die Dozierenden ihre Lehre adäquat auf digitale Formate umstellen können sollen Schulungsangebote für alle Lehrkräfte organisiert werden.
5. Ausbau der Betreuungsangebote für alle Studierenden und Beschäftigten mit Kind
6. 68 % der Studierenden waren auf Nebenjobs für die Finanzierung ihres Studiums angewiesen, von denen viele weggefallen sind. Wir fordern den Erhalt aller Arbeitsplätze während der Pandemie bei gleichzeitiger kompletter Lohnfortzahlung, die von den Bossen und Kapitalist:innen finanziert werden.
7. Für sofortige, zinsfreie und bedingungslose finanzielle Hilfe für Studierende. Für ein einkommensunabhängiges BAföG für alle Studierenden. Bedingungsloses BAföG ohne Rückzahlung für alle in Höhe von 1.500€. Die Gelder dafür sollen durch die Einführung einer Steuer auf hohe Einkommen und Vermögen finanziert werden.
8. Stundung der Mieten und Verbot von Zwangsräumungen im Studierendenwerk, Bereitstellung der leeren Villen der FU für wohnungssuchende Studierende, Obdachlose und Geflüchtete.
9. Für eine demokratische Uni! Wir wollen eine von Studierenden und Beschäftigten selbstverwaltete Uni, die basisdemokratisch durch Vollversammlungen organisiert und nicht von einer Hand voll Professor*innen bestimmt wird. Wir fordern, dass alle Führungsgremien der Universität mit dem Verhältnis: eine Person, eine Stimme gewählt werden, sodass alle Statusgruppen, je nach ihrer Größe an politischen Entscheidungen beteiligt werden und ihre Arbeits-, Lehr- und Lernbedingungen selbst bestimmen.

English

The General Assembly condemns the current intolerable learning, teaching and working situation at Freie Universität Berlin and demands:

1. Enforcement of an economic lockdown of non-essential sectors and businesses with full wage compensation and protection against dismissal, financed by property levies and taxation of corporate profits. Nationalization of all hospitals and laboratories, pharmaceutical companies

and vaccine production for an efficient fight against the pandemic, so that we can open the universities as soon as possible and defeat the pandemic.

2. Safe opening of libraries and work spaces with clear hygiene concept.
3. Provision of regular coronatests and free FFP2 masks for all university employees
4. Immediate suspension of all examination services. No corona semester may be added to the standard period of study and to the BAföG calculation. To ensure participation in online courses, technical equipment should be made available to all who need it. To enable lecturers to adequately convert their teaching to digital formats, training courses should be organized for all teaching staff.
5. Expansion of childcare services for all students and employees with children.
6. 68% of students relied on part-time jobs to finance their studies, many of which have been eliminated. We demand the preservation of all jobs during the pandemic with full wage continuation financed by the bosses and capitalists.
7. For immediate, interest-free and unconditional financial aid for students. For an income-independent BAföG for all students. Unconditional BAföG without repayment for all in the amount of 1.500€. The money for this should be financed by introducing a tax on high incomes and assets.
8. Deferral of rents and prohibition of forced evictions in the Studierendenwerk, provision of the empty villas of the FU for students in need of housing, homeless people and refugees.
9. For a democratic university! We want a university that is self-governed by students and employees, organized in a grassroots democratic way through general assemblies, and not determined by a handful of professors. We demand that all governing bodies of the university be elected with the ratio: one person, one vote, so that all status groups, according to their size, are involved in political decisions and determine their own working, teaching and learning conditions.

Abbau von Barrieren / Reducing Barriers

Die Vollversammlung fordert, weiterhin Online-Lehre parallel zur Präsenzlehre ermöglichen, um ableistische Barrieren abzubauen, z.B. durch das Aufnehmen von Vorlesungen.

*****English*****

The Assembly calls for continuing to allow online teaching in parallel with face-to-face teaching in order to reduce ableist barriers, e.g. by recording lectures.

Studieren mit Kind(ern) / Studying with Children

Während alle Studierenden während der Corona-Pandemie unter einer Mehrbelastung zu leiden hatten und haben, stellt sich die Situation für Studierende mit Kind(ern) als besonders schwierig dar. Parallel zu Jobverlusten, Wohnungssuche, Homeoffice, Online-Studium und der allgemeinen Ausnahmesituation, muss gleichzeitig auch die Betreuung und das Home-Schooling von Kind(ern) geleistet werden. Die Kitas waren die meiste Zeit geschlossen, sodass die Betreuung zuhause stattgefunden hat. Gleiches gilt für Schulen. Da kaum Planbarkeit darüber besteht, wann diese öffnen oder schließen, besteht kaum Planbarkeit für uns Studierende mit Kind(ern). Während uns gleichzeitig alle Abgabefristen und die Anwesenheitspflicht unter Druck setzen, fallen wir durch sämtliche Hilfspakete für Familien. Auf diese Art können wir weder unser Studium wie geplant fortsetzen und beenden, noch eine Karriere an der FU machen.

Daher fordert die Vollversammlung:

- die Abschaffung von Quoten für die Voranmeldung zu Seminaren und stattdessen eine freie Kurswahl von Studierenden mit Kind(ern),
- einen ausnahmslosen Anspruch auf ein Teilzeitstudiumcurriculum von Studierenden mit Kind(ern),
- die Abschaffung jeglicher Anwesenheitsquoten und Verlagerung von ausgleichender Arbeit für Studierende mit Kind(ern)
- den Erlass aller Prüfungsleistungen für Studierende mit Kind(ern) während der Pandemie und
- flexible und auf die Bedürfnisse von Studierenden mit Kind(ern) angepasste Lösungen der pandemiebedingten Mehrbelastungen

English

While all students have suffered and continue to suffer from an extra burden during the Corona pandemic, the situation for students with child(ren) is particularly difficult. In parallel with job losses, apartment searches, home offices, online studies, and the general exceptional situation, child(ren) must be cared for and home-schooled at the same time. Daycare centers have been closed most of the time, so care has been provided at home. The same is true for schools. Since there is little predictability about when they open or close, there is little predictability for us students with child(ren). While at the same time all the deadlines and compulsory attendance put us under pressure, we fall through all the assistance packages for families. In this way, we can neither continue and finish our studies as planned, nor pursue a career at the FU.

Therefore, the Assembly demands:

- the abolition of quotas for pre-registration for seminars and instead a free choice of courses for students with child(ren),
- a right to a part-time study curriculum without exception for students with child(ren),
- the abolition of any attendance quotas and the transfer of compensatory work for students with children.
- the waiver of all examination requirements for students with child(ren) during the pandemic and
- flexible solutions to the additional workloads caused by the pandemic that are adapted to the needs of students with child(ren).

Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen und Co. enteignen!“ / Support of the petition "Deutsche Wohnen and Co. enteignen!"

Die Vollversammlung unterstützt die Forderungen des Volksbegehrens "Deutsche Wohnen und Co. enteignen!" Der fehlende bezahlbare Wohnraum in Berlin bedeutet für uns Studierende eine enorme Belastung. Überteuerte WG-Zimmer und Wohnungen, beengte Zwischenlösungen und befristete Untermieten – anstatt sich auf das Studium konzentrieren zu können, begleiten finanzielle Sorgen, existenzielle Ängste und psychischen Probleme unser Studium. In der Pandemie, in der Beschäftigungsverhältnisse für Studierende wegfallen, sämtliche Studieninhalte allein zuhause bewältigt werden sollen und es der Isolation des Einzelnen bedarf, verschärfen sich die geschilderten Notlagen in prekären Wohnverhältnissen. Die Vergesellschaftung von rund 240 000 Wohnungen, die derzeit in der Hand großer profitorientierter Konzerne sind, bedeutet nicht nur langfristig bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in Berlin zu sichern, sondern auch dem System „Rendite durch Miete“ grundsätzlich die Stirn zu bieten und dem Trend von Spekulation, Finanzialisierung und Verdrängung auf dem Berliner Wohnungsmarkt eine direktdemokratische Mieter*innenbewegung entgegenzusetzen. In dem gemeinsamen Kampf um ein Recht auf Wohnen sehen wir die Chance, dem enormen Missstand des Wohnungsmarktes für Studierende in Berlin grundlegend zu begegnen. Deshalb ruft die Vollversammlung Studierende und Beschäftigte der Freien Universität Berlin und der gesamten Stadt dazu auf, das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Darüber hinaus ermutigt sie alle Studierenden und Beschäftigten sich in der Hochschulgruppe DWE an der FU und den Kiezteams der Kampagne zu engagieren, sowie sich bei konkreten Aktionen zu beteiligen. Hierbei gibt es neben dem gemeinsamen Sammeln von Unterschriften und verschiedenen Diskussionsveranstaltungen die Möglichkeit, sich dem Block der Kampagne bei der 1. Mai-Demonstration anzuschließen. Die Vollversammlung fordert zudem, dass in den Seminaren, Vorlesungen und sämtlichen Räumlichkeiten der FU Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt werden dürfen. Aufgrund der enormen Tragweite des Volksbegehrens für Berliner Studierende und der hochschulpolitischen Relevanz, bittet die Vollversammlung den AstA FU nachdrücklich darum, eine Rundmail beim FU-Präsidium zu beantragen, um alle Studierenden der FU über das Volksbegehren, ihre Möglichkeiten der Partizipation und den Beschluss der Vollversammlung zu informieren.

Die Vollversammlung ruft dazu auf, dass die Enteignungen entschädigungslos getätigt werden müssen, um das Geld in die Gesundheit, Bildung und Wohnungsbau zu investieren. Die Großaktionäre und Immobilienunternehmen haben bereits Milliarden Euro Vermögen aus überteuerten Mieteinnahmen akkumuliert. Es sind die Mieter:innen und Berliner:innen, die entschädigt werden müssen.

English

The General Assembly supports the demands of the popular petition "Deutsche Wohnen und Co. Enteignen!" The lack of affordable housing in Berlin is an enormous burden for us students. Overpriced shared rooms and apartments, cramped interim solutions and temporary sublets - instead of being able to concentrate on our studies, financial worries, existential fears and psychological problems accompany our studies. In the pandemic in which employment relationships for students are being eliminated, all study content is to be mastered alone at home, and the isolation of the individual is required, the distresses described are exacerbated in precarious housing conditions. The socialization of about 240,000 apartments, which are currently in the hands of large profit-oriented corporations, means not only to secure affordable housing for the people of Berlin in

the long term, but also to fundamentally oppose the system of "profit through rent" and to oppose the trend of speculation, financialization and displacement on the Berlin housing market with a direct-democratic tenant movement. In the common struggle for a right to housing we see the chance to fundamentally confront the enormous deplorable state of the housing market for students in Berlin. Therefore, the General Assembly calls on students and employees of Freie Universität Berlin and the entire city to support the petition with their signatures. Furthermore, it encourages all students and employees to get involved in the university group DWE at the FU and the campaign's neighborhood teams, as well as to participate in concrete actions. Here, in addition to the joint collection of signatures and various discussion events, there is the possibility of joining the block of the campaign at the May 1 demonstration. The plenary assembly also demands that signatures for the referendum may be collected in seminars, lectures and all premises of the FU. Due to the enormous scope of the petition for a referendum for Berlin students and its relevance to higher education policy, the General Assembly urges the AStA FU to request an email of the FU presidium to inform all students of the FU about the petition for a referendum, their opportunities for participation and the decision of the General Assembly.

The Assembly calls for the expropriations to be made without compensation in order to invest the money in health, education and housing. The major shareholders and real estate companies have already accumulated billions of euros in assets from overpriced rental income. It is the tenants and Berliners who must be compensated.

Studierende und Beschäftigte im Universitätsbetrieb / Students and Employees within the University Complex

Zur Lage der Beschäftigten / On the situation of the employees

1. Eingliederung aller Tochterunternehmen zurück an die FU und Tariflohn für alle!
2. Entfristung aller Verträge! Mehr Personal und Festanstellung im Mittelbau, sowie für alle Beschäftigten der Universität!
3. Corona-Prämien für alle Beschäftigten, Ausstattung für Homeoffice sowie alle weiteren notwendigen Mittel für bessere Arbeitsbedingungen!
4. Für den Erhalt des Betriebsrats am Botanischen Gartens!
5. Als Vollversammlung solidarisieren wir uns mit der Berliner Krankenhaus Bewegung und allen Krankenhausbeschäftigten, die an vorderste Reihe gegen die Pandemie und Kürzungspolitiken der Regierung kämpfen. Wir rufen alle dazu auf, sich zu der Stadtversammlung am 21.04 zu beteiligen, um die Kolleg:innen zu unterstützen.

English

1. Integration of all subsidiaries back into the FU and collective wage for all!
2. De-termination of all contracts! More staff and permanent positions in the mid-level faculty, as well as for all employees of the university!
3. Corona bonuses for all employees, equipment for home office and all other necessary means for better working conditions!
4. For the preservation of the staff council at the Botanical Garden!
5. As a general assembly, we stand in solidarity with the Berlin Hospital Movement and all hospital workers who are in the forefront of the fight against the government's pandemic and cutback policies. We call on everyone to join the city assembly on 21.04 to support the colleagues.

Erhalt des Personalrats Botanischer Garten / Preservation of the Botanic Garden Staff Council

Das »Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft« beinhaltet das Vorhaben des zuständigen Senators und Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) und des Präsidiums der Freien Universität Berlin klammheimlich die Aberkennung der Dienststelleneigenschaft des zur Freien Universität (FU) gehörenden Botanischen Gartens und Botanischen Museums Berlin – und damit auch die Auflösung des örtlichen Personalrats. Weder die Dienststelle noch der Personalrat wurden zum Gesetzentwurf und dessen Folgen informiert. Dieser Vorfall zeigt, wir brauchen mehr Beschäftigtenvertretungen an der Freien Universität Berlin, nicht weniger.

Neben der Abschaffung der Beschäftigtenvertretungen am Botanischen Garten Berlin würden alle örtlichen Dienstvereinbarungen ungültig. Laufende Verfahren vor der Einigungsstelle könnten nicht zu Ende geführt werden. Das wäre ein Rückschritt für die Beschäftigten, die ohne ihre örtlichen Interessenvertretungen in den vergangenen Jahrzehnten nicht da wären, wo sie heute sind.

Die seit mehr als 40 Jahren bestehende sach- und ortsnahe Personalvertretung am BGBM ist Garant dafür, langjähriges Wissen zur Gestaltung von Arbeitszeiten, Dienstplänen, Arbeitsschutzregelungen im Interesse einer an allen Tagen des Jahres kontinuierlich funktionierenden Arbeitsorganisation in Verbindung mit dem Schutz der Beschäftigten vor Arbeitsüberlastung und Gesundheitsgefährdung in die Praktik umzusetzen. Reibungslose Arbeitsabläufe über das ganze Jahr sind für den Erhalt der kostbaren Lebenssammlungen essenziell.

Der BGBM ist mit einer Fläche von 43 Hektar und etwa 22.000 verschiedenen Pflanzenarten einer der größten Botanischen Gärten der Welt und der Größte Deutschlands und hat eine 330jährige Geschichte. Mit seiner Vielfalt verschiedenster biologischer Sammlungen, welche einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden, leistet er einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Diese Vielfalt ist nur aufrechtzuerhalten, in dem an 365 Tagen im Jahr gearbeitet wird.

Dass jetzt der Wissenschaftssenat über die Novelle des Berliner Hochschulgesetzes von hinten durch die kalte Küche die Dienststelle und damit den Personalrat dieser historisch-wertvollen Institution abzuschaffen versuche, ist ein Schock für alle Betroffenen.

Wer außerdem ein Interesse an der Abschaffung des Personalrats hat, zeigt auch ein Blick in die Vergangenheit: So versuchte das Präsidium der FU bereits 2015, vor dem Oberverwaltungsgericht die Auflösung des Personalrats zu erreichen. Das Gremium sei unrechtmäßig gebildet worden, so die damalige Behauptung. Im Jahr 2017 hatte Kanzlerin Andrea Bör dann im Abgeordnetenhaus die Bitte geäußert, die Dienststelleneigenschaft solle durch Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses wieder aberkannt werden. Dass sich die FU des örtlichen Personalrats entledigen will, passt zur gegenwärtigen Politik der Hochschule, die Personalratsarbeit zu verhindern versucht. Erst kürzlich scheiterte ein Kündigungsversuch der FU gegen ein Personalratsmitglied vor Gericht.

Die Studierendenvollversammlung fordert die Freie Universität Berlin und den Regierenden Bürgermeister Michael Müller sowie den zuständigen Staatssekretär Steffen Krach auf, die Dienststelleneigenschaft des Botanischen Gartens und Botanischen Museums Berlin und dessen Personalrat zu erhalten statt zu bekämpfen.

Die Teilnehmer:innen der Studierendenvollversammlung beschließen, alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, das Vorhaben des Berliner Wissenschaftssenats und des FU Präsidiums, die Dienststelleneigenschaft aufzulösen und den Personalrat aufzulösen, im Superwahljahr an allen Universitäten Berlins und darüber hinaus bekannt zu machen!

*****English*****

The " Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft " includes the plan of the responsible senator and governing mayor Michael Müller (SPD) and the presidium of Freie Universität Berlin to stealthily deprive the Botanic Garden and Botanical Museum Berlin, which belongs to Freie Universität (FU), of its official status - and thus also to dissolve the local staff council. Neither the department nor the staff council was informed about the bill and its consequences. This incident shows that we need more employee representation at Freie Universität Berlin, not less.

In addition to the abolition of employee representation at the Botanic Garden Berlin, all local service agreements would become invalid. Ongoing proceedings before the arbitration board could not be completed. This would be a step backwards for the employees, who would not be where they are today without their local representations of interests in the past decades.

The staff representation at BGBM, which has been in place for more than 40 years and is close to the facts and the local situation, is the guarantor for putting into practice many years of knowledge on the design of working hours, duty rosters, occupational health and safety regulations in the interest of a continuously functioning work organization on all days of the year in conjunction with the protection of employees from work overload and health hazards. Smooth work processes throughout the year are essential for the preservation of the precious living collections.

With an area of 43 hectares and about 22,000 different plant species, the BGBM is one of the largest botanical gardens in the world and the largest in Germany and has a 330-year history. With its diversity of different biological collections, which are made accessible to a broad public, it makes a decisive contribution in the fight against climate change. This diversity can only be maintained by working 365 days a year.

The fact that the Science Senate is now attempting to abolish the department and thus the staff council of this historically valuable institution through the amendment to the Berlin Higher Education Act from behind the cold kitchen is a shock to all concerned.

A look at the past also shows who also has an interest in abolishing the staff council: for example, the FU presidium already tried in 2015 to have the staff council dissolved before the Higher Administrative Court. The body had been formed illegally, it was claimed at the time. In 2017, Chancellor Andrea Bör then asked the House of Representatives to revoke the staff council's status by resolution of the Berlin House of Representatives. The fact that the FU wants to get rid of the local staff council fits in with the university's current policy of trying to prevent staff council work. Only recently, an attempt by the FU to dismiss a staff council member failed in court.

The Student Assembly calls on Freie Universität Berlin and the governing mayor, Michael Müller, as well as the responsible state secretary, Steffen Krach, to preserve the official status of the Botanic Garden and Botanical Museum Berlin and its staff council instead of fighting it.

The participants of the students' plenary assembly decide to use all available possibilities to make the plan of the Berlin Science Senate and the FU presidium to dissolve the official status of the Botanical Garden and Botanical Museum Berlin and its staff council known at all universities in Berlin and beyond in the super election year!

Klimagerechtigkeit an der FU / Climate Justice at the FU

Wir fordern die Freie Universität auf, ihr eigenes Ziel der Klimaneutralität bis 2025 konsequent umzusetzen. Die von der Vollversammlung am 27. Juni 2019 angenommenen Forderungen wurden bis jetzt nicht realisiert und bleiben drängend.

Die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie und insbesondere die Umsetzung der einzelnen Schritte muss unter paritätischer Mitbestimmung der Studierendenschaft und vollständiger Transparenz erfolgen. Bisher ist dies nicht geschehen.

Wir kritisieren außerdem, dass bei der Berechnung der klimarelevanten Emissionen der FU unter anderem die Bereiche Einkauf, Dienstleistungen und Bau nicht, sowie der Bereich Mobilität nur teilweise berücksichtigt werden. Wir fordern die Einberechnung aller klimarelevanten Emissionen der FU.

Wir fordern, dass die Universität eigene Verantwortung für ihr Klimaneutralitätskonzept übernimmt und sich nicht weiter auf die unbezahlte Arbeit von Studierenden verlässt. Zudem fordern wir, dass der angedachte Kompensationsfond für klimarelevante Emissionen vergrößert wird. Die geplanten Kompensationsausgaben von 25€/t CO₂ entsprechen nicht annähernd den realen Klimafolgekosten, die zum Beispiel das Bundesministerium für Umwelt mit 180€/t CO₂ bemisst. Wir lehnen die Strategie der wettbewerbsorientierten Finanzierung ab, mit der die Universität unbezahlte Universitätsangehörige nachhaltige Projekte entwickeln lässt. Es muss demokratisch und paritätisch entschieden werden, welche Maßnahmen finanziert und umgesetzt werden.

English

We call on Freie Universität to consistently implement its own goal of becoming climate neutral by 2025. The demands adopted by the General Assembly on 27 June 2019 have not yet been realised and remain urgent. The development of the sustainability strategy and in particular the implementation of the individual steps must be carried out with equal involvement of the student body and complete transparency. So far, this has not happened.

We also criticise the fact that the areas of purchasing, services and construction, among others, are not taken into account in the calculation of the FU's climate-relevant emissions, and that the area of mobility is only partially taken into account. We demand that all climate-relevant emissions of the FU be included.

We demand that the university takes responsibility for its own climate neutrality concept and does not continue to rely on the unpaid work of students. In addition, we demand that the planned compensation fund for climate-relevant emissions be increased. The planned compensation expenditure of €25/t CO₂ does not come close to the real climate impact costs, which the Federal Ministry for the Environment, for example, assesses at €180/t CO₂. We reject the strategy of competitive funding, by which the university lets unpaid university staff develop sustainable projects. It must be decided democratically and on a parity basis which measures are financed and implemented.

Diskriminierungssensible Lehre / Discrimination-Sensitive Teaching

Die Vollversammlung ruft zu einer diskriminierungssensiblen Lehre an der Freien Universität auf und fordert das FU Präsidium dazu auf, sich aktiv gegen diskriminierendes Verhalten von Dozierenden und Studierenden zu stellen und diskriminierendes Verhalten entschieden zu sanktionieren. Des Weiteren soll das FU Präsidium die strukturelle Diskriminierung auf institutioneller Ebene anerkennen und aktiv am Abbau dieser diskriminierender Strukturen zu arbeiten (beispielsweise verpflichtende diskriminierungssensible Workshops für Lehrpersonen implementieren).

*****English*****

The General Assembly calls for discrimination-sensitive teaching at Freie Universität and urges the FU Executive Board to actively oppose discriminatory behavior by faculty and students and to firmly sanction discriminatory behavior. Furthermore, the FU Presidential Board should recognize structural discrimination at the institutional level and actively work to dismantle these discriminatory structures (for example, implement mandatory discrimination-sensitive workshops for teaching staff).

Unterstützung des offenen Briefes der Initiative Intersektionales Lehramt / Support of the open letter of "Initiative Intersektionales Lehramt"

Die Vollversammlung unterstützt den offenen Brief der Initiative Intersektionales Lehramt:

<https://initiative-intersektionales-lehramt.de/offener-brief/> und die dort enthaltenen Forderungen:

- Wir fordern das Stoppen der Verwässerung echten antirassistischen Handelns durch den 'Diversity' Begriff
- Wir fordern Fortbildung für Dozierende zu Kolonialismus und Rassismus, zum Beispiel durch Vereine oder Einzelpersonen wie Each One Teach One (EOTO), I-Päd (Initiative intersektionale Pädagogik), der Bildungsinitiative Ferhat Unvar, Tupoka Ogette, Prof. Dr. Karim Fereidooni, o.Ä., vor allem, wenn diese Seminare zu antirassistischer Bildung geben sollen.
- Wir fordern die Überprüfung von Lehrmaterial aus antirassistischer postkolonialer Perspektive durch professionelle externe Expertise
- Es soll für alle Lehramtsstudierende mindestens ein obligatorisches Modul zu ‚Antirassismus‘ und ‚Diskriminierung‘ geben, welches antirassistische Fachdidaktiken, sowie Quellen, wie die des ‚Instituts für diskriminierungsfreie Bildung‘ o.Ä. miteinbezieht

Die Vollversammlung fordert außerdem:

Neben der Ausweitung der Pädagogik allgemein im Lehramtsstudium soll ein obligatorisches Modul zu Antirassismus, Antisexismus etc. entwickelt und angeboten werden.

Die Bereitstellung von Geldern für die Durchführung von Antirassismus Trainings in Modulen bei Bedarf für Studierende und Dozierenden

English

The assembly supports the open letter of "Initiative Intersektionales Lehramt":

<https://initiative-intersektionales-lehramt.de/letter-in-english/> and the there included demands:

- We call for the talk about 'diversity' to stop blurring genuine anti-racist behavior
- We call for teaching material to be checked from an anti-racist post-colonial perspective by professional external expertise.
- We demand further training for lecturers on colonialism and racism, for example through associations or individuals such as Each One Teach One (EOTO), I-Päd (Intersectional Pedagogy Initiative), the educational initiative Ferhat Unvar, Tupoka Ogette, Prof. Dr. Karim Fereidooni, Josephine Apraku, or similar, especially when these seminars are supposed to give anti-racist education.
- We demand at least one compulsory module on ‚Anti-Racism and Discrimination‘ for all teacher training students, which includes anti-racist specialist didactics and sources

The Assembly also demands:

In addition to the expansion of pedagogy in general in the teacher training program, a mandatory module on anti-racism, anti-sexism, etc. should be developed and offered.

The provision of funds for the implementation of anti-racism trainings in modules when needed for students and lecturers.

Zum Thema „Schikane“ / On the subject of "harassment"

Es gibt Dozierende, die in Campus Management die Noten für Hausarbeiten erst am letzten Tag ihres FU-Arbeitsvertrags eintragen. Dadurch werden die Studierenden manchmal mit Hausarbeiten allein gelassen, die unfair benotet und/oder mit frechen, haltlosen Kommentaren versehen wurden.

"Allein gelassen" bedeutet, dass die Dozierenden ihren Studierenden keine Sprechstunden mehr anbieten müssen. (Während einer Sprechstunde hätten die Studierenden sich verteidigen können.)

Die Studierenden dann folgende Möglichkeiten erhalten:

- Der*Die Dozierende, der*die die Originalnote vergeben hat, sollte nicht am Gegenvorstellungsverfahren teilnehmen.
- Die FU sollte den Studierenden gestatten, ihre*n Zweitprüfer*in selbst auszuwählen.
- Vielleicht sollte die FU jemanden einstellen, der*die Studierende in solchen Fällen kompetent unterstützt (evtl. eine*n Diskriminierungs-Beauftragte*n).

Englisch

There are faculty members who do not enter grades for term papers into Campus Management until the last day of their FU employment contract. As a result, students are sometimes left alone with term papers that have been unfairly graded and/or with sassy, baseless comments.

"Left alone" means that faculty no longer have to offer office hours to their students. (During office hours, students could have defended themselves).

Students should then be given the following options:

- The instructor who assigned the original grade should not participate in the rebuttal process.
- FU should allow students to choose their second examiner ****on their own****.
- Perhaps the FU should hire someone to competently support students in such cases (possibly a discrimination counselor).

Wie Weiter? / How to Continue?

Planung von Aktionen und Gründung eines Aktionskomitees an der Freien Universität Berlin / Planning of actions and foundation of an Action Committee at the Freie Universität Berlin

- 1) Für die Durchsetzung der beschlossenen Forderungen braucht es große Mobilisierungen, Aktionen und Arbeitsniederlegungen, der Studierenden und Arbeiter:innen. Daher fordert die Vollversammlung die DGB-Gewerkschaften und Studierendenvertretungen auf in den kommenden Wochen und Monaten Aktionen gegen die Krise zu organisieren. Die Vollversammlung ruft alle Studierenden und Beschäftigten auf, sich an diesen Aktionen mit eigenen Forderungen zu beteiligen und auch eigene Aktionen zu organisieren.
- 2) Die Vollversammlung ruft zu diesem Zweck dazu auf, sich an den 1.Mai Demonstrationen zu beteiligen und mit den Forderungen, die auf der VV beschlossen wurden, einen Block zu bilden. Aufgrund unserer besonderen Betroffenheit durch die Mietenfrage mobilisieren wir für den "Enteignungsblock", zu dem Aktive aus der Initiative Deutsche Wohnen und Co. Enteignen aufrufen.
- 3) Die VV ruft dazu auf die #ZeroCovid Initiative zu unterstützen, um der Forderung nach der wirksamen Eindämmung der Pandemie Nachdruck zu verleihen. Die Vollversammlung ruft dazu auf, im Sommersemester eine eigene große Demonstration von Studierenden und Beschäftigten der Berliner Hochschulen zu organisieren.
- 4) Für die Vorbereitung der Aktionen, sowie weiteren Vollversammlungen zur Durchsetzung der Forderungen ruft die Vollversammlung zur Gründung eines Aktionskomitees an der Freien Universität Berlin auf. Das Komitee soll als ein Organ der Selbstorganisation der Studierenden und Beschäftigten an der FU dienen, welchem der AStA der FU Berlin als die formale politische Vertretung der Studierendenschaft jegliche logistische, organisatorische und politische Unterstützung leisten sollte. Dieses Komitee sollte von regelmäßigen Vollversammlungen demokratisch kontrolliert und politisch geleitet werden. Um weitere Studierende und Beschäftigte der FU in den Kampf einzubinden, müssen weitere Vollversammlungen organisiert werden. Das Komitee muss zeitig dazu aufrufen und gemeinsam mit dem AStA die Vorbereitung organisieren.
- 5) Die Vollversammlung beauftragt den AStA FU, dass sie eine Mail an alle Studierenden, mit den Beschlüssen der Vollversammlung beantragt, um die größtmögliche Beteiligung zu ermöglichen.
- 6) Die Vollversammlung ruft auch die Studierenden und Beschäftigten anderer Hochschulen dazu auf, an ihren Einrichtungen Komitees und Vollversammlungen zu organisieren.
- 7) Die Forderungen sollen an das Präsidium der FU und den Senat gestellt werden um direkten Druck auf das Präsidium und den Senat zu machen.

English

- 1) For the realization of the decided demands it needs big mobilizations, actions and work stoppages, of students and workers. Therefore, the plenary assembly calls upon the DGB unions and student unions to organize actions against the crisis in the coming weeks and months. The Assembly calls on all students and employees to take part in these actions with their own demands and also to organize their own actions.
- 2) To this end, the General Assembly calls on all students and employees to participate in the May Day demonstrations and to form a block with the demands that have been to form a block with the

demands that were decided at the VV. Because of our special affected by the question of rent, we mobilize for the "expropriation block "Expropriation Block", to which activists from the initiative Deutsche Wohnen und Co. expropriate call.

3) The VV calls to support the #ZeroCovid initiative, in order to emphasize the demand for an effective containment of the pandemic. The Assembly is calling for a call to action in the summer semester to organize its own large demonstration of students and employees of the Berlin universities.

4) For the preparation of the actions, as well as further general assemblies for the the demands, the general assembly calls for the foundation of an Action Committee at Freie Universität Berlin. The committee is to serve as an organ of the self-organization of the students and employees at the FU, to which the AStA of the FU Berlin, as the formal political representation of the student body, should provide all logistical, organizational and political support. This committee should be controlled democratically by regular plenary assemblies and politically led by regular plenary meetings. In order to involve further students and employees of the FU in the further general assemblies have to be organized. The committee must call for them in time and, together with the AStA, organize the preparation.

5) The plenary assembly instructs the AStA FU to request a mail to all students, with the resolutions of the plenary assembly, in order to maximum possible participation.

6) The plenary assembly also calls on students and employees of other universities to organize committees and general assemblies at their institutions.

7) The demands should be made to the FU Presidential Board and the Senate to put direct pressure on the Presidential Board and the Senate.

Wie erreichen wir unsere Forderungen? / How do we achieve our demands?

Die auf der VV beschlossenen Forderungen würde eine deutliche Verbesserung für alle Studierenden und Beschäftigten bringen. Deshalb ist es notwendig gemeinsam mit den Lohnabhängigen und ihren Organisationen gegen all die aufgezählten Missstände anzukämpfen, weil sie alle Arbeitenden und Studierenden betreffen. Dabei liegt es in der Verantwortung der DGB Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE umfassende Kämpfe, wie Streiks, Massendemonstrationen und Besetzungen, zu organisieren.

Die Vollversammlung fordert daher die Gewerkschaften des DGB auf, diesen Kampf zu organisieren. Das beinhaltet vor allem die Organisation von Streiks für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei voller Lohnfortzahlung, die flächendeckende Bereitstellung von Coronatests und FFP2 Masken, die Schließung nicht-essenzieller Betriebe und die Verstaatlichung der Impfstoffproduktion und des Gesundheitssystems unter Belegschaftskontrolle. Die Vollversammlung beauftragt das durch die Vollversammlung einberufene Aktionskomitee, dies weiterhin von den DGB-Gewerkschaften einzufordern. Um dem Nachdruck zu verleihen, müssen wir als Studierende jedoch zeigen, dass wir dazu in der Lage sind, unsere Mitstudierenden für einen solchen Kampf zu mobilisieren. Das liegt vor allem in der Verantwortung des AstA: Der AstA ist die gewählte Interessenvertretung der Studierendenschaft und hat am ehesten die Ressourcen diesen Kampf zu unterstützen.

Die Vollversammlung beauftragt das Aktionskomitee mit der Organisation einer großen Demo in drei bis vier Wochen für die auf der Vollversammlung beschlossenen Forderungen, um möglichst viele Studierende zu mobilisieren. Das Aktionskomitee sollte die Asten anderer Berliner Unis davon überzeugen mitzumachen. Um möglichst viele Studierende zu mobilisieren, organisiert das Aktionskomitee eine Kampagne an der Uni, in den Studentenwohnheimen, mit Plakatierungsaktionen in den Stadtvierteln und auf Social Media.

Die Vollversammlung beauftragt das Aktionskomitee Vollversammlungen aller Studentenwohnheimbewohner zu organisieren, um zu besprechen, wie man gemeinsam Zwangsräumungen verhindern und die Stundung der Mieten erzwingen kann. So könnte ein Mietstreik organisiert werden der unsere Forderungen durchsetzen kann. Außerdem organisiert das Aktionskomitee bei jeder Zwangsräumung Gegenproteste vor Ort.

Die Vollversammlung beauftragt das Aktionskomitee gemeinsam mit ver.di den Kampf für kostenlose Tests und Masken für alle Beschäftigten und Studierenden der FU zu organisieren. Nicht nur sollten wir solidarisch mit allen Mitarbeitenden sein, auch sind viele selbst Studierende. Um den Kampf zu organisieren müssen online Betriebs- bzw. Personalversammlungen einberufen werden. Denn wenn die Unileitung keine Tests und Masken zur Verfügung stellt, müssen wir streikfähig sein, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Die Vollversammlung beauftragt das Aktionskomitee, um die Aussetzung von Prüfungsleistungen zu erreichen, gemeinsam mit den FSIs weitere Vollversammlungen aller Studierenden zu organisieren (ggf. auch auf Fachschaftsebene). Diese Vollversammlungen sollten genutzt werden, um einen Prüfungsstreik am Ende des Sommersemesters zu organisieren. Durch den Prüfungsstreik wollen wir nicht nur die Aussetzung der Prüfungsleistungen erreichen, sondern auch dass demokratische und proportional mit Studierenden und Dozierenden besetzte Gremien künftig über die Organisation der Lehre insgesamt entscheiden. Ein solcher Prüfungsstreik muss das ganze Sommersemester über mit einer großen Mobilisierungskampagne vorbereitet werden.

*****English*****

The demands decided at the assembly would bring a significant improvement for all students and workers. Therefore, it is necessary to fight together with the wage earners and their organizations against all the listed grievances, because they affect all working people and students. It is the responsibility of the DGB trade unions and the party DIE LINKE to organize comprehensive struggles, such as strikes, mass demonstrations and occupations.

The General Assembly therefore calls on the DGB unions to organize this struggle. This includes especially the organization of strikes for the preservation of all jobs with full pay, the nationwide provision of Coronatests and FFP2 masks, the closure of non-essential factories and the nationalization of vaccine production and the health care system under employee control. The Assembly instructs the Action Committee convoked by the assembly to continue to demand this from the DGB unions. However, in order to lend weight to this, we as students must show that we are capable of mobilizing our fellow students for such a struggle. This is primarily the responsibility of the AStA: The AStA is the elected representative body of the student body and has the resources to support this struggle.

The plenary assembly therefore instructs the Action Committee to organize a large demo in three to four weeks for the demands decided at the plenary assembly, in order to mobilize as many students as possible. The Action Committee should convince the ASten of other Berlin universities to participate. In order to mobilize as many students as possible, the Action Committee organizes a campaign at the university, in the student residences, with poster campaigns in the neighborhoods and on social media.

The General Assembly instructs the Action Committee to hold general assemblies of all dorm residents to discuss how to work together to prevent evictions and force rent deferrals. In this way, a rent strike could be organized that could enforce our demands. In addition, the Action Committee organizes counter-protests on site every time there is an eviction.

The general assembly instructs the Action Committee together with ver.di to organize the fight for free tests and masks for all employees and students of the FU. Not only should we be in solidarity with all employees, but many are students themselves. In order to organize the struggle, online staff meetings must be called. Because if the university management does not provide tests and masks, we have to be able to strike in order to enforce our demands.

The general assembly instructs the Action Committee to organize further general assemblies of all students together with the FSIs (if necessary also at the student council level) in order to achieve the suspension of exams. These general assemblies should be used to organize an exam strike at the end of the summer semester. Through the exam strike, we not only want to achieve the suspension of exam performances, but also that democratic committees proportionally staffed with students and lecturers will decide on the organization of teaching as a whole in the future. Such an exam strike must be prepared throughout the summer semester with a large mobilization campaign.